

DDR auf den Index

Kontinuierliche Haßkampagne: Selbsternannte Demokraten wollen die Geschichte der Arbeiterbewegung ausmerzen und fordern ein Verbot von DDR-Symbolen. **Von Markus Bernhardt**

Obwohl die Annexion der DDR bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten durchgesetzt worden ist, der Haß des bundesdeutschen Establishments auf den vormals sozialistischen Teil Deutschlands bleibt ungebrochen. In Zeiten des zunehmenden Sozialabbaus und der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik werden vermehrt Hetzkampagnen gegen die ehemalige DDR angestimmt, die – trotz ihrer Schwächen – nicht nur Hunderttausenden ihrer Bürger über Jahrzehnte hinweg als politische Alternative zum Kapitalismus galt. Es sind die praktischen Auswüchse der vorherrschenden staatlichen Extremismuskonzepte, in deren Rahmen Faschisten mit ihren entschiedensten Gegnern – nämlich Sozialisten, Kommunisten und Demokraten gleichgesetzt werden. Sie wird herangezogen, wenn es gilt, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Da es von der extremen politischen Theorie bis zur antikommunistischen Praxis nicht weit ist, dürfte es kaum verwundern, daß vor allem rechtskonservative Politiker aus CDU und CSU und ihnen nahestehende »Leitmedien« sich aktuell in Forderungen überbieten, die sozialistische Geschichte zu diskreditieren bzw. gleich ganz vergessen zu machen.

So wurde ein Aufzug von rund zwei Dutzend ehemaligen DDR-Bürgern, die am Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über das faschistische Deutschland am 9. Mai in Uniformen der NVA am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow paradierten, genutzt, um ein Verbot von Symbolen der Arbeiterbewegung bzw. der DDR einzufordern. Betroffen davon wären dann wohl nicht nur das DDR-Staatswappen mit Hammer und Zirkel, sondern auch die Symbole von Organisationen des



Mit Fahne, Uniform und Bärenkostüm posiert ein Statist in Berlin-Mitte für Touristenfotos gegen Bezahlung (30. Mai 2013)

vormaligen sozialistischen Staates wie etwa des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) oder des Emblems der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Bereits jetzt ist das Tragen von FDJ-Hemden im Gebiet der alten BRD untersagt, da die Organisation dort bereits 1951 verboten worden war.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, hatte die schon zuvor von anderen CDU-Politikern erhobene Forderung bekräftigt, daß das »Tragen von DDR-Symbolen (...) gänzlich verboten werden« und im Strafrecht dem Tatbestand der »Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« zugeordnet werden müsse. Damit würden

sich DDR-Wappen und ähnliche Symbole in ihrer juristischen Einordnung auf gleicher Ebene wie das faschistische Hakenkreuz finden.

Springers *Welt* geht selbst ein Verbot von sozialistischer Symbolik nicht weit genug. Der Publizist Richard Herzinger sprach dieser Tage der maßgeblich von ehemaligen KZ-Überlebenden aufgebauten DDR selbst ihren antifaschistischen Charakter ab. »Zu den größten Propagandalügen der kommunistischen Herrschaftsapparate gehörte bis zuletzt die Legende von ihrem »antifaschistischen« Ursprung«, meint Herzinger, der bisweilen auch für das vielen als links geltende Wochenblatt *Jungle World* schreibt. Schließlich sei in der DDR

»in Wahrheit« und »unter der Ägide der marxistisch-leninistischen Ideologie jede wirkliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus unmöglich gemacht« worden, weiß Herzinger in seinem Beitrag »Warum wir die Symbole der DDR verbieten sollten« ganz faktenfrei zu berichten.

Fernab des medialen Begleitfeuers für die Verbotsdebatte steht zu befürchten, daß es schon in Kürze zu ersten Gesetzesinitiativen in dieser Sache kommt. So hatte sich CDU-Bundestagsfraktionschef Volker Kauder offen für derartige parlamentarische Initiativen gezeigt. Auch in einigen Landesparlamenten sind Anträge, die ein Verbot von sozialistischer Symbolik fordern, offenbar bereits in Arbeit.

HINTERGRUND Politik mit der Abrißbirne

Fernab der Diffamierungskampagnen und angekündigter Gesetzesinitiativen, die sich gegen die historischen Errungenschaften und Symbolik der Arbeiterbewegung richten, forcieren etablierte Politik und Medien zunehmend Debatten über den Umgang mit sozialistischen Denkmälern. So sprach sich etwa Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer schon im letzten Jahr dafür aus, das Marx-Engels-Denkmal in Berlin-Mitte zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Friedrichsfelde auszulagern. »Da gehören die besser aufgestellt – das ist ja so eine Art sozialistisches Restezentrum«, äußerte der CSU-Politiker.

Aktuell ist es das an den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann erinnernde Denkmal im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg, welches zur Disposition gestellt wird. Der Arbeiterführer war wegen Kampfes gegen Faschismus und Krieg nach elfjähriger Kerkerhaft am 17. August 1944 im KZ Buchenwald von den Nazis ermordet worden.

Die ideologische und propagandistische Vorarbeit zur Debatte um den Abriß startete bereits 2012 mit einem Gastbeitrag von Klaus Schröder, der den »Forschungsverbund SED-Staat« an der Freien Universität Berlin leitet, im Berliner *Tagesspiegel*. »Thälmann war in seinem politischen Wirken in erster Linie nicht Antifaschist, sondern Antidemokrat. (...) Wer Thälmann durch Straßen, Plätze, Kindertagesstätten, Schulen und Denkmäler ehrt und in seinem Sinne »kämpft«, möchte die freiheitliche Demokratie in Deutschland abschaffen oder steht ihr gleichgültig gegenüber«, schrieb Schröder. »Wer sich hingegen »den Werten dieser Demokratie verpflichtet fühlt«, könne »nur fordern, den Namen ›Thälmann« aus dem Straßenbild deutscher Städte und Gemeinden zu tilgen«.

Am 11. Juni soll in der Wabe (Danziger Straße 101, vormals Dimitroffstraße) auf Einladung des Bezirksamts ein »öffentlicher Workshop« im Rahmen der Voruntersuchung »Thälmannpark« stattfinden. (bern)

»Wir müssen uns für das Schlimmste wappnen«

Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin erneut von Abriß bedroht. Initiative will Widerstand organisieren. **Gespräch mit Max Renkl**

Die Berliner Lokalpolitik will den Ernst-Thälmann-Park im Stadtteil Prenzlauer Berg »neu gestalten«. In diesem Zusammenhang wird einmal mehr die Debatte über den Abriß des dortigen Thälmann-Denkmal befördert. Wie konkret ist die Gefahr?

Die Gefahr ist da. Ein beauftragtes Büro mit Namen »Stattbau« gibt an, mit allen Beteiligten ins Gespräch kommen zu wollen. Dabei wird behauptet, diskussions- und ergebnisoffen zu sein. Aber es muß klar sein, daß solche Invest-Entscheidungen ganz woanders getroffen werden.

Es hat sich jedoch eine Anwohnerinitiative gegründet, die gegen Verteuerung und Verdrängung ist. Das Thälmann-Denkmal ist dort jedoch noch kein Thema, allerdings wird wiederholt von einzelnen Bewohnern die Sorge geäußert, daß das Denkmal zerstört werden könnte. Manche teilen die Meinung, daß der Denkmalschutz ausreichend Schutz bietet. Aber nicht erst seit dem Abriß der Ernst-Thälmann-

Max Renkl ist Vorsitzender der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V. in Ziegenhals und Sprecher des Berliner Aktionsbündnisses Thälmann-Denkmal (www.etg-ziegenhals.de)

Gedenkstätte in Ziegenhals, veranlaßt von Gerd Gröger, wissen wir, was Denkmalschutz in diesem Land bedeutet, wenn es darum geht, Andenken an die Arbeiterbewegung zu besudeln und zu zerstören.

In den bürgerlichen Medien, allen voran in der Springer-Presse, wird derzeit hysterisch gegen das Zeigen und Tragen von DDR-Symbolen gehetzt. Es wird damit ein Klima erzeugt, das auch das Thälmann-Denkmal bedroht. Wir müssen wachsam bleiben, es darf Investoren und Stadtplanern nicht gelingen, Unmut zu kanalisieren und damit Proteste zu verhindern. Zudem: Verschiedene Areale des Parks werden privatisiert. Daß das Denkmal bei dem Privatisierungsplan stört, liegt nahe. Auf einer Grafik, veröffentlicht von der Anwohner-Initiative, ist jedenfalls über dem Areal des denkmalgeschütz-

ten Denkmals ein orangener Balken eingezeichnet, mit dem Hinweis auf einen geplanten Neubau.

In den vergangenen Monaten kam es auch zu Forderungen, etwa das Marx-Engels-Monument in der Nähe des Alexanderplatzes oder auch die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde zu entfernen ...

Als ob die Zerstörung unserer Denkmäler, also die Zerstörung antifaschistischer Gedenkstätten und Denkmäler der Arbeiterbewegung, die Erinnerung an unsere Traditionen und unsere Vorbilder zerstören könnte. In Berlin, in Ziegenhals, Hamburg und vielen anderen Orten wird Thälmann gedacht. Straßen und Plätze auf dem Gebiet der DDR tragen die Namen Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Friedrich Engels, Wilhelm Piecks und vieler anderer.

Es gibt jedoch keinen Grund, in unseren Bemühungen nachzulassen, gegen die Verleumdungen des ersten sozialistischen Staates auf deutschen Boden, der DDR, vorzugehen. Wütend

wird man, wenn man die Auslassungen der Springer-Presse zum Thema liest, in denen die DDR als eine Art Großgefängnis zurechtgelogen wird. Dabei wird ordentlich die Keule geschwungen: Links gleich Rechts, DDR gleich Faschismus. Dagegen müssen wir gemeinsam vorgehen. Es gibt solche Zusammenschlüsse wie das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV), in denen die Organisationen in diesem Sinne an einem Strang ziehen.

Aber wie soll die Geschichte der Arbeiterbewegung konkret gegen die Angriffe von Rechtskonservativen und sogenannten DDR-Bürgerrechtlern verteidigt werden?

Ich denke, es ist wichtig, theoretisch fundiert die Totalitarismus-These als ahistorisch und unwissenschaftlich zurückzuweisen. Diese Gleichsetzungs-These ist der Dreh- und Angelpunkt des Antikommunismus in diesem Land und jeder neuen Haßkampagne gegen das andere, das antifaschistische, sozialistische Deutschland. Praktisch müssen wir durch Veranstaltungen das Gedenken wach halten, wie wir es mit

unseren jährlichen Kundgebungen vor dem Berliner Thälmann-Denkmal und denen in Ziegenhals tun.

Indem wir die Erinnerung mit unserem heutigen Kampf gegen die Faschisten und Kriegstreiber verbinden, das Ringen um unsere Geschichte als einen Abschnitt des antifaschistischen Kampfes begreifen und dabei in breiten Bündnissen agieren, können wir auch Erfolge erzielen. Seit 13 Jahren gibt es unser Aktionsbündnis. Anfangs haben wir das Berliner Thälmann-Denkmal selbst gereinigt, bis der Bezirk – zweimal im Jahr – für seine Reinigung aufkam. Dabei haben wir an den entschlossenen Kampf der Anwohner des Ernst-Thälmann-Parks angeknüpft, die in den 90er Jahren erfolgreich gegen eine Umbenennung des Parks und eine Entfernung des Denkmals gekämpft haben. Wir müssen erreichen, daß Stimmen laut werden für den Erhalt des Denkmals – und uns dabei stets für das Schlimmste wappnen.

Interview: Markus Bernhardt